

Deutschlandprognose 2014/2015: Aufschwung geht weiter¹

Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus*

Weltwirtschaftliches Umfeld

Die weltwirtschaftliche Expansion hat seit dem Sommer 2013 etwas an Dynamik gewonnen. Maßgeblich hierfür war die Entwicklung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. So gewann die Erholung in den USA, in Großbritannien und Japan an Fahrt, während der Euroraum die fast zwei Jahre anhaltende Rezession verließ. Die Schwellenländer verzeichneten zwar weiterhin höhere Zuwachsraten als die fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Jedoch blieb hier die konjunkturelle Dynamik im historischen Vergleich verhältnismäßig gering und schwächte sich mancherorts seit dem Sommer 2013 sogar ab.

Die Geldpolitik in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist weiterhin sehr expansiv ausgerichtet. In Japan und im Euroraum dürften die Zentralbanken ihren hohen Expansionsgrad aufrechterhalten, während in den USA und Großbritannien angesichts der anziehenden Konjunktur allerdings bereits erste Leitzinsanhebungen im Prognosezeitraum zu erwarten sind. In wichtigen Schwellenländern ist die Geldpolitik seit dem Sommer 2013 restriktiver geworden. So reagierten mehrere Zentralbanken mit Zinsanhebungen auf die starke Abwertung ihrer Währung, die unter anderem durch die geldpolitische Wende in den USA ausgelöst wurde.

Der Restriktionsgrad der Finanzpolitik wird sich in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften im laufenden und im kommenden Jahr sehr unterschiedlich entwickeln. Im Euroraum werden sich die finanzpolitischen Eingriffe nahezu neutral auf die aggregierte Wirtschaftsleistung auswirken. In den USA und in Japan dürfte die Fiskalpolitik restriktiv ausgerichtet bleiben. In der Mehrzahl der aufstrebenden Volkswirtschaften dürfte die Finanzpolitik zumeist neutral wirken. Lediglich in Indien und China werden öffentliche Investitionsprogramme die Konjunktur im laufenden Jahr leicht stützen.

Im Prognosezeitraum dürfte sich das globale Expansionstempo moderat beschleunigen. Die Impulse dafür werden wohl vor allem aus den fortgeschrittenen Volkswirtschaften kommen. In den USA wird sich die konjunkturelle Dynamik erhöhen, die von einer verbesserten Vermögenssituation der Haushalte und Unternehmen, einer zunehmenden Aufhellung auf dem Arbeits- und Immobilienmarkt und einer expansiven Geldpolitik getragen wird. Die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum wird zwar weiterhin unter der Last der nur langsam und mühselig

zu lösenden Strukturprobleme leiden, die in mehreren Mitgliedsländern noch immer präsent sind. Dennoch wird sich die Erholung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität temporär festigen, auch wenn erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern fortbestehen. Insbesondere Deutschland dürfte im Prognosezeitraum erneut deutlich stärker zulegen als der Durchschnitt des Euroraums, während Frankreich und Italien wohl eine vergleichsweise geringe wirtschaftliche Dynamik entfalten werden. Etwas positiver als zuvor stellt sich die Situation in den Krisenländern Irland, Portugal und Spanien dar, obgleich die wirtschaftliche Lage anhaltend fragil ist. In Griechenland lässt die Erholung noch etwas länger auf sich warten. Die mehrjährige Rezession könnte im kommenden Jahr überwunden werden.

Das Expansionstempo in den aufstrebenden Volkswirtschaften wird sich im Prognosezeitraum kaum verstärken. Zwar werden diese von der zunehmenden konjunkturellen Dynamik in wichtigen Industrieländern profitieren. Zugleich jedoch dürften die vor allem in den USA langsam anziehenden Langfristzinsen eine zunehmende Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen für die Schwellenländer nach sich ziehen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird in den Schwellenländern auch im Prognosezeitraum mehr als doppelt so schnell zulegen wie jene in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Lediglich Russland dürfte im laufenden Jahr eine konjunkturelle Flaute durchlaufen. Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in der Welt in diesem Jahr mit 2,9% und im nächsten Jahr mit 3,3% zunehmen.

Ein Hauptrisiko für die Weltkonjunktur stellt nach wie vor die fragile Lage im Euroraum dar. Trotz der Reformmaßnahmen, die mehrere Mitgliedsländer in der jüngsten Vergangenheit eingeleitet haben, ist der Anpassungsprozess noch lange nicht abgeschlossen. Vielmehr sind viele dieser Länder noch immer viel zu teuer, um wettbewerbsfähig sein zu können. Jederzeit können wieder, ähnlich wie in den vergangenen drei Jahren, krisenhafte Verwerfungen auftreten.

Die rückläufigen Inflationsraten im Euroraum, die mittlerweile in allen Mitgliedsländern zu beobachten sind, bergen Risiken und Chancen. Zwar ist der Inflationsrück-

* Dr. Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

gang zu einem erheblichen Teil auf die Aufwertung des Euro sowie die Entwicklung bei den Preisen für Energierohstoffe und Nahrungsmittel zurückzuführen. Zudem ist eine Disinflation oder gar Deflation auf mittlere Sicht für die Krisenländer durchaus wünschenswert, da erst sie die dringend notwendige reale Abwertung gegenüber wichtigen Handelspartnern und damit die lange ersehnte Verbesserung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit ermöglicht. Doch könnte irgendwann eine lange Phase niedrigen Preisauftriebs, die auch die gesunden Teile der Währungsunion sowie die Mehrzahl der Gütergruppen erfasst, zu einer Abwärtsrevision der langfristigen Inflationserwartungen von Investoren, Konsumenten und Produzenten führen. Im Extremfall könnte es zu einer Spirale aus Inflationsrückgängen und sukzessiven Herabsenkungen der Inflationserwartungen kommen, die in eine dauerhafte Deflationsphase mündet. Noch überwiegen aber nach Einschätzung des IFO INSTITUTS die positiven Effekte eine Korrektur der relativen Güterpreise.

Schließlich gehen geopolitische Risiken vom andauernden russisch-ukrainischen Konflikt und dem jüngst im Irak ausgebrochenen Konflikt aus. So könnte eine Eskalation des Konflikts mit der Ukraine zu einer Spirale gegenseitiger Sanktionen zwischen Russland und dem Westen führen. Der Bürgerkrieg im Irak könnte weite Teile des Nahen Ostens politisch destabilisieren. Da diese Region zu den wichtigsten Erdölproduzenten gehört, könnten Verwerfungen dort zu einem scharfen Anstieg der Ölpreise führen und somit die globale Konjunkturdynamik verlangsamen.

Ausblick Deutschland

Im ersten Quartal 2014 hat die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland saisonbereinigt mit einer Rate von 0,8 % gegenüber dem Vorquartal sehr dynamisch zugelegt. Die Expansion des realen Bruttoinlandsprodukts geht allein auf die Binnennachfrage zurück: Die Investitionen in Ausrüstungen stiegen bei hoher Kapazitätsauslastung und günstigen Ertrags- und Finanzierungsbedingungen um 3,3 % gegenüber dem Vorquartal. Hier ist die konjunkturelle Wende endgültig geschafft. Noch etwas dynamischer legten die Bauinvestitionen mit 3,6 % zu, wozu allerdings auch das außergewöhnlich milde und trockene Winterwetter beigetragen hat. Der private Konsum expandierte real um 0,7 %, befördert von der Zunahme der Beschäftigung und auch von einem leichten Rückgang der Sparquote. Der Außenhandel hat für sich genommen einen negativen Beitrag zur Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts geliefert. Während die Exporte nur um 0,2 % gestiegen sind, wurde vor dem Hintergrund der lebhaften Binnennachfrage sogar um 2,2 % mehr impor-

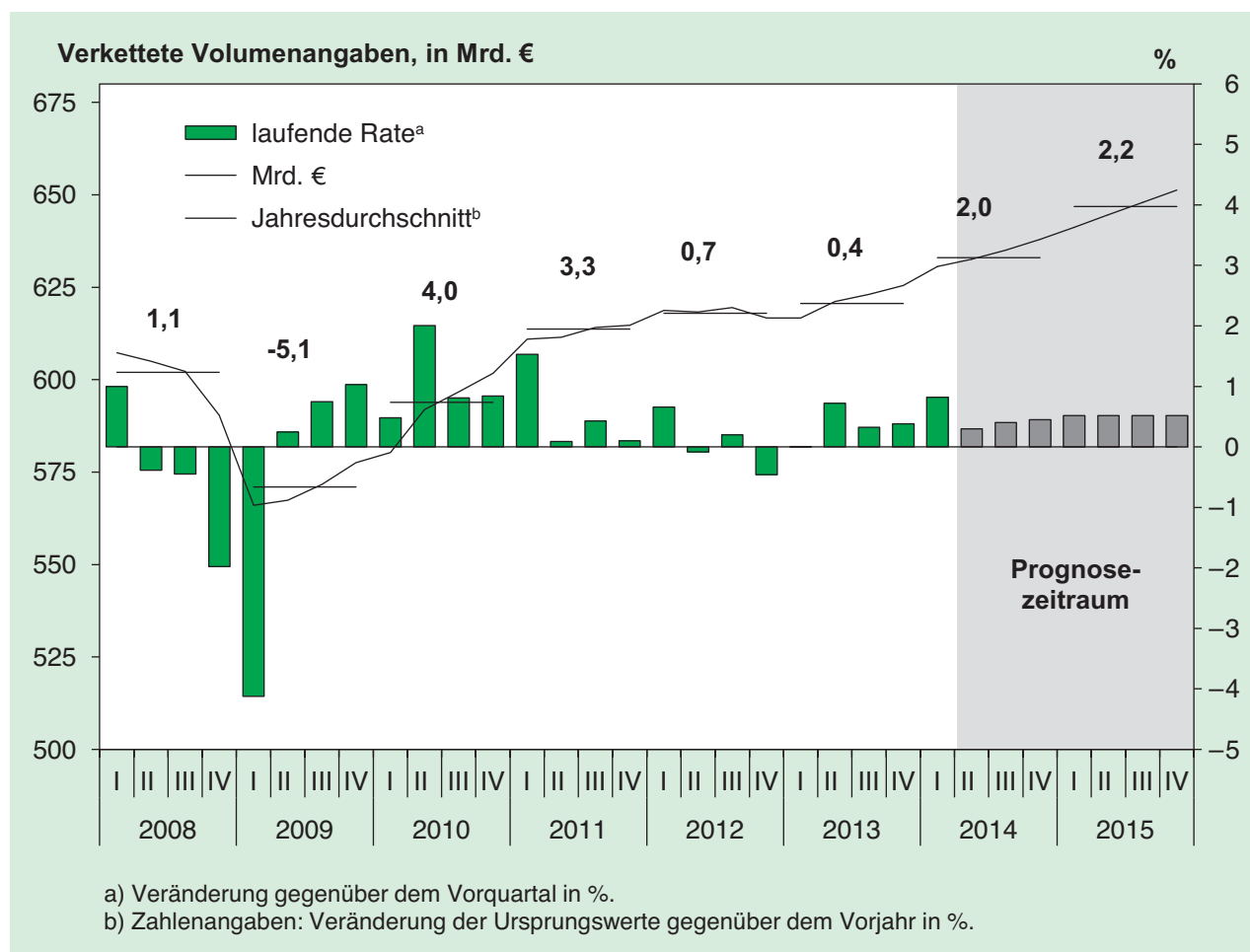
tiert. Dieser Effekt ist Spiegelbild einer leichten Verminderung des Nettokapitalexports und eines Mehr an Investitionen in Deutschland, die für sich genommen günstige Nachfrage- und Angebotseffekte auf das deutsche Wachstum haben.

Zwar konnten die wichtigsten Konjunkturindikatoren ihr hohes Niveau in den vergangenen Monaten halten; allerdings blieb ein weiterer Anstieg, wie er noch zu Jahresbeginn beobachtet werden konnte, aus. Die jüngsten Rückgänge beim Ifo Geschäftsklimaindex dürften vor allem auf eine erhöhte Unsicherheit deutscher Industrieunternehmen im Zusammenhang mit dem russisch-ukrainischen Konflikt zurückzuführen sein. Da zudem die Frühjahrsbelegung dieses Jahr aufgrund des milden Winters besonders schwach ausfiel, dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im zweiten Quartal mit schätzungsweise 0,3 % deutlich weniger schwungvoll expandiert haben als im Vorquartal.

Im weiteren Prognosezeitraum wird die konjunkturelle Grundtendenz deutlich nach oben gerichtet bleiben und sich der Aufschwung fortsetzen. Wenn sich die derzeitigen geopolitischen Risiken – wie in dieser Prognose unterstellt – nicht materialisieren, sind die Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft weiter günstig. Die Geldpolitik wirkt weiter expansiv, das Zinsniveau bleibt historisch niedrig und der Bauboom ist ungebrochen. Auch die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen sind extrem vorteilhaft. Von der Finanz- und Sozialpolitik gehen expansive prozyklische Impulse aus. Die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte sind demnach intakt. Die Investitionen in neue Ausrüstungen werden beschleunigt expandieren, die hohe Auslastung der Produktionskapazitäten macht Ersatzbeschaffungen und Erweiterungsinvestitionen erforderlich. Zudem werden die Bauinvestitionen weiter merklich steigen. Der private Konsum dürfte im Tempo der steigenden Realeinkommen zunehmen. Somit dürften wie schon im Vorjahr die nachfrageseitigen Impulse von der Binnenwirtschaft kommen und nicht vom Außenbeitrag. Zwar legen die Exporte beschleunigt zu, da sich die Weltkonjunktur verbessert, noch stärker aber werden die Importe aufgrund der hohen binnenwirtschaftlichen Dynamik steigen. Insgesamt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 2,0 % und im kommenden Jahr um 2,2 % expandieren (vgl. Abb. 1).

Die Situation am Arbeitsmarkt wird sich im Verlauf dieses Jahres konjunkturell bedingt weiter verbessern. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit wird voraussichtlich weniger stark als der Anstieg der Erwerbstätigkeit ausfallen, da immer mehr Inländer am Erwerbsleben partizipieren und die Zuwanderung aus den EU-Mitgliedsstaaten voraussichtlich hoch bleiben wird. In diesem Jahr dürfte die Arbeitslosenquote auf 6,7 % fallen. Im kommenden Jahr wird die Arbeitsmarktlage durch die Ein-

Abbildung 1: Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (saison- und kalenderbereinigter Verlauf)



Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2014: Prognose des ifo Instituts.

führung des flächendeckenden Mindestlohns von 8,50 € je Stunde mit bestimmt. Dieser bringt eine spürbare Steigerung der Arbeitskosten und damit den Abbau der Beschäftigung insbesondere im Bereich der nicht sozialversicherungspflichtigen Minijobs mit sich. Aufgrund der guten konjunkturellen Grundtendenz dürfte die Arbeitsmarktlage jedoch trotz der dämpfenden Effekte des Mindestlohns stabil bleiben, und die Arbeitslosenquote dürfte nochmals sinken, und zwar auf 6,6%. Die negativen Wirkungen des Mindestlohns werden sich über mehrere Jahre aufbauen, so wie sich auch die positiven Wirkungen der Senkung der Lohnansprüche durch die Agenda 2010 erst nach einigen Jahren mit voller Kraft gezeigt hatten.

Die Verbraucherpreise dürften im laufenden Jahr um 1,1% steigen. Im kommenden Jahr wird sich die Inflationsrate auf 1,7% beschleunigen. Hierbei spiegelt sich vor allem die Entwicklung der Arbeitskosten wider, die infolge der zunehmenden Auslastung der Produktionskapazitäten und der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns deutlich steigen dürften.

Der Budgetüberschuss des Staates wird sich im Prognosezeitraum wohl weiter ausweiten, auch weil aufgrund der deutlich verbesserten konjunkturellen Lage und einer günstigen Entwicklung der Löhne und Gehälter mit deutlichen Steuer- und Beitragsmehreinnahmen gerechnet werden kann. Im Jahr 2014 wird mit einem Überschuss in Höhe von 0,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, und im Jahr 2015 mit etwa 0,7% gerechnet. Die staatliche Bruttoschuldenquote würde sich dann deutlich auf rund 70% zum Ende des Jahres 2015 verringern.

Die Prognose im Detail

Exporte

Im ersten Quartal 2014 stiegen die Exporte mit 0,2% deutlich langsamer als die Importe (2,2%). Für die Exportschwäche war vor allem der Rückgang der Nachfrage in Asien ohne China maßgeblich, aber auch der stagnierende Handel mit dem Euroraum und den USA.

Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2012	2013	2014 ^a	2015 ^a
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr^b				
Private Konsumausgaben	0,8	0,9	1,3	1,8
Konsumausgaben des Staates	1,0	0,4	0,8	1,2
Bruttoanlageinvestitionen	2,1	-0,8	5,0	5,8
– Ausrüstungen	-4,0	-2,4	7,4	10,0
– Bauten	-1,4	-0,2	3,8	3,3
– Sonstige Anlagen	3,4	3,0	3,1	5,0
Inländische Verwendung	-0,3	0,7	2,6	2,4
– Exporte	3,2	0,9	4,6	6,2
– Importe	1,4	1,5	6,2	7,2
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	0,7	0,4	2,0	2,2
Erwerbstätige ^c (1.000 Personen)	41.608	41.847	42.207	42.407
Arbeitslose (1.000 Personen)	2.897	2.950	2.898	2.858
Arbeitslosenquoten (in %)	6,8	6,9	6,7	6,6
Verbraucherpreise ^e (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,0	1,5	1,1	1,7
Lohnstückkosten ^f (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,8	1,9	1,6	2,3
Finanzierungssaldo des Staates ^g				
– in Mrd. €	2,3	5,2	12,9	19,7
– in % des Bruttoinlandsprodukts	0,1	0,2	0,5	0,7
Leistungsbilanzsaldo				
– in Mrd. €	198,6	206,0	212	220
– in % des Bruttoinlandsprodukts	7,4	7,5	7,5	7,4
a) Prognose des ifo Instituts. – b) Preisbereinigte Angaben. – c) Inlandskonzept. – d) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – e) Verbraucherpreisindex (2010=100). – f) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – g) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95).				

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Bundesagentur für Arbeit; 2014 und 2015: Prognose des ifo Instituts.

Im Prognosezeitraum werden die Exporte voraussichtlich wieder beschleunigt zulegen. Die größte Nachfrage nach deutschen Gütern dürfte dabei aus China, Südostasien, den USA und Großbritannien kommen. Aus Osteuropa kommt es zu zusätzlichen Impulsen. Die starke Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit im vorangegangenen Jahr, die vor allem durch die Terms-of-Trade-Verbesserung zustande kam, dürfte nur noch geringe Auswirkungen haben. Durch die Konjunkturbelebung im Euroraum wird der Export voraussichtlich etwas stärker zulegen als der Welthandel. Insgesamt ist

mit einem Anstieg des realen Exports um 4,6 % in diesem Jahr zu rechnen, bedingt durch den niedrigen Zuwachs im ersten Quartal. Im Jahr 2015 dürften die Ausfuhren dann um 6,2 % expandieren.

Investitionsaufschwung wird spürbar

Die Ausrüstungsinvestitionen sind im ersten Quartal 2014 um 3,3 % kräftig gestiegen; eine solch hohe Zuwachsrate wurde seit dem Jahr 2010 nicht mehr erzielt. Die positive Grunddynamik wird im Sommerhalbjahr anhalten, wenn-

gleich das Ergebnis im zweiten Quartal nicht ganz so stark wie im ersten ausfallen dürfte.

Im weiteren Prognosezeitraum werden die Ausrüstungsinvestitionen zyklisch weiter zulegen. Die steigende Kapazitätsauslastung dürfte vermehrt Erweiterungsinvestitionen anstoßen. Mit der einhergehenden Erholung der Weltkonjunktur werden zudem expansive Impulse von der exportorientierten Industrie erwartet. Dabei bleiben die Finanzierungsbedingungen äußerst günstig. Die vom ifo erhobene Kredithürde befindet sich insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen auf historisch niedrigem Niveau. Zwar entwickelt sich die Nachfrage nach Bankkrediten trotz niedriger Zinsen eher zögerlich. Die Ergebnisse des Bank Lending Survey der DEUTSCHEN BUNDESBANK deuten aber darauf hin, dass viele Unternehmen derzeit andere Finanzierungsquellen nutzen.

Die Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge werden in diesem Jahr voraussichtlich um 7,4 % kräftig steigen. Im kommenden Jahr ist sogar mit einer Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen um 10,0 % zu rechnen, die dann nahezu wieder das Vorkrisenniveau erreicht haben dürften.

Bauinvestitionen stärken Binnennachfrage

Die Bauinvestitionen haben im ersten Quartal 2014 auch aufgrund der extrem milden Witterung um 3,6 % deutlich zugelegt. Vor allem der Wohnungsbau und der öffentliche Bau profitierten von dem warmen und trockenen Wetter.

Die Investitionen in *Wohnbauten* verzeichneten im ersten Quartal 2014 die größte Zuwachsrate seit drei Jahren. Maßgeblich war hierbei – neben den außergewöhnlichen Witterungsverhältnissen – die Nachfrage nach Wohnbauten, die aufgrund günstiger Baukredite, der guten Arbeitsmarktsituation sowie einer stetigen Nettozuwanderung anhaltend hoch bleibt. Das durchweg freundliche Investitionsklima für Wohnbauten wird sich im Prognosezeitraum halten. So sind Auftragseingänge und Baugenehmigungen in der Tendenz aufwärtsgerichtet. Auch das weniger witterungsanfällige Ausbaugewerbe entwickelte sich zuletzt gut. Zugleich befindet sich das ifo Geschäftsklima der freischaffenden Architekten auf dem höchsten Wert seit 20 Jahren. Insgesamt wird in diesem Jahr ein Anstieg der Wohnungsbauinvestitionen um 4,2 % und im nächsten Jahr um 3,5 % erwartet.

Die gewerblichen *Bauinvestitionen* waren im ersten Quartal 2014 leicht rückläufig, nachdem sie im zweiten Halbjahr 2013 erstmals wieder aufwärtsgerichtet waren. Diese zögerliche Entwicklung dürfte der Wirtschaftsbau aber im weiteren Verlauf hinter sich lassen. Größere Impulse dürften vom gewerblichen Hochbau ausgehen, hier ist der Auftragsbestand kontinuierlich gestiegen. Im laufenden Jahr dürften die gewerblichen Bauinvestitio-

nen aufgrund des schwachen ersten Quartals nur um 1,6 % zunehmen, im kommenden Jahr dann um 3,4 %.

Die öffentlichen *Bauinvestitionen* profitierten mit einem Quartalszuwachs von 12,0 % spürbar von der extrem milden Witterung. Im Prognosezeitraum werden zusätzliche Bundesmittel für Infrastrukturmaßnahmen investitions-wirksam werden. Gegenzurechnen ist, dass nach dem KfW-Kommunalpanel die Finanzlage der Kommunen als größte Gruppe öffentlicher Bauherren recht heterogen ist. Die Investitionen in öffentliche Bauten dürften, bedingt durch den guten Jahresauftakt, im Jahr 2014 um 6,8 % anziehen, im nächsten Jahr um 1,9 %.

Alles in allem dürften die Bauinvestitionen im Jahr 2014 um 3,8 % und im Jahr 2015 um 3,3 % steigen.

Privater Konsum expandiert weiter

Der private Konsum ist im ersten Vierteljahr 2014 deutlich gestiegen. Zu Buche schlugen die weiter steigende Beschäftigung und höhere Tarifabschlüsse. Besonders präferierten die privaten Haushalte Textilien und Schuhe sowie Einrichtungsgegenstände und Haushaltsgeräte. Den Frühindikatoren zufolge dürfte die Expansion des privaten Konsums im Frühjahr verhaltener verlaufen sein. So sind im April die realen Umsätze im Einzelhandel und im Gastgewerbe saisonbereinigt unter den Stand des ersten Quartals gefallen. Gleichwohl sind Konsumentenvertrauen und die Bereitschaft zu größeren Anschaffungen aber auf einem so hohen Niveau, dass über das gesamte Quartal gerechnet mit einem Plus zu rechnen ist.

In der zweiten Jahreshälfte dürfte das Expansions-tempo des Konsums wieder höher sein. Die Arbeitseinkommen werden unverändert kräftig weiter steigen. Die monetären Sozialleistungen der privaten Haushalte werden sogar stark beschleunigt zulegen. So werden die Altersbezüge zur Jahresmitte kräftig angehoben. Langjährig Versicherte können zu diesem Zeitpunkt erstmals mit 63 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen, zudem wird die bisherige Mütterrentenregelung erweitert („Rentenpaket“). Außerdem werden Personen mit verminderter Erwerbsfähigkeit besser abgesichert. Alles in allem ist im Jahresdurchschnitt 2014 mit einer Zunahme des realen privaten Konsums um 1,3 % zu rechnen.

Im kommenden Jahr dürfte der reale private Verbrauch weiter zügig expandieren. Die Bruttolöhne werden unter Berücksichtigung des Mindestlohns um 4,5 % sehr kräftig steigen. Auch die monetären Sozialleistungen dürften im kommenden Jahr mit 3,3 % spürbar zunehmen. So werden teilzeitarbeitende Eltern finanziell bessergestellt (Elterngeld plus) und die erste Stufe der Pflegereform mit Leistungsverbesserungen tritt in Kraft. Alles in allem dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte 2015 um 3,4 % expandieren. Die

Sparquote dürfte unverändert bleiben. Zwar macht das niedrige Zinsniveau Sparen weniger vorteilhaft und regt die Inanspruchnahme günstiger Konsumentenkredite an, gleichzeitig werden dadurch aber die Vermögens-einkommen der privaten Haushalte gedrückt, was den Gegenwartskonsum schmälert und die Ersparnis erhöht. Einem Rückgang der Sparquote wirken zudem die rege private Wohnbautätigkeit und die Notwendigkeit zur privaten Altersvorsorge entgegen. Damit dürften die Verbrauchsausgaben 2015 voraussichtlich ebenfalls um 3,4 % zulegen. Nach Abzug der Preissteigerungsrate verbleibt ein reales Plus von 1,8 %.

Wieder höhere Preissteigerungsraten

Die Verbraucherpreise sind im Mai um 0,9 % gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum gestiegen, das war die niedrigste Rate seit fast vier Jahren. Zu dem aus Verbrauchersicht günstigen Ergebnis trug bei, dass sich Haushaltsenergie und Kraftstoffe und auch viele Nahrungsmittel verbilligt haben.

Im Prognosezeitraum dürfte die Inflation wieder wahrnehmbarer werden. Zwar geht von den Rohölnotierungen annahmegemäß kein länger anhaltender Preisdruck aus; in der vorliegenden Prognose ist wie üblich reale Konstanz unterstellt. Zu berücksichtigen ist aber, dass die Arbeitskosten und die Auslastung der Produktionskapazitäten deutlich steigen. Zudem bewirkt die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns einen zusätzlichen Lohnkostenschub, der vor allem Dienstleistungen verteuern dürfte. So ist etwa bei Dienstleistungen für die Haushaltsführung, Taxifahrten und Kurierdienstleistungen, im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, bei sozialen Einrichtungen sowie bei persönlichen Dienstleistungen mit steigenden Preisen zu rechnen. Allerdings wird die Weitergabe der gesetzlich verfügbaren höheren Arbeitskosten in den Preisen nicht überall gelingen. Hier wird angenommen, dass die Konsumentenpreise aufgrund des Mindestlohns um ¼ % zusätzlich steigen. Insgesamt dürfte das Verbraucherpreisniveau im diesem Jahr um 1,1 % und im kommenden Jahr um 1,7 % höher sein.

Anpassungsdruck bei geringfügiger Beschäftigung

In Gefolge der guten Konjunktur hat sich die Lage am Arbeitsmarkt weiter verbessert. Das milde Winterwetter dürfte dazu beigetragen haben, dass sich das Tempo des Beschäftigungsaufbaus im ersten Quartal des Jahres sogar beschleunigt hat. Dabei zog die Arbeitsnachfrage gemessen in Stunden sehr kräftig an, sodass die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit nach oben schnellte. Bei alledem ging die Arbeitslosigkeit zurück, obwohl mehr

und mehr Personen am Erwerbsleben teilnahmen. Zum einen wurde eine verstärkte Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten verzeichnet. Zum anderen wurden weniger Arbeitslose in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gefördert.

In den Sommermonaten dürfte die Arbeitsnachfrage gemessen in Stunden mit zunehmender Auslastung der Kapazitäten voraussichtlich weiter steigen. So ist die Zahl der offenen Stellen weiterhin hoch und auch der Zugang neuer Stellen liegt etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Allerdings wird ein Teil der gesamtwirtschaftlichen Produktionsausweitung durch Produktivitätssteigerungen realisiert. Alles in allem nimmt das Tempo des Beschäftigungsaufbaus daher allmählich ab. Aufgrund des hohen Wertes zu Jahresbeginn ergibt sich für den Jahresdurchschnitt 2014 ein Anstieg des Arbeitsvolumens um 1,1 %. Damit einher geht eine Zunahme der Erwerbstätigkeit um 360.000 Personen bzw. 0,9 %.

Inwiefern der Anstieg der Erwerbstätigkeit zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit führt, hängt von der Entwicklung des Arbeitsangebots ab. Dem langfristigen Trend folgend werden wohl immer mehr Inländer am Erwerbsleben teilnehmen. Außerdem wird die Zuwanderung aus den EU-Mitgliedsstaaten voraussichtlich hoch bleiben, da sich die Arbeitsplatzaussichten in vielen Ländern der EU nur sehr langsam bessern. Allerdings geht die Zahl der Inländer im Erwerbsalter deutlich zurück, was für sich genommen die Zahl der Arbeitslosen entlastet. Alles in allem ist der Rückgang der Arbeitslosigkeit mit 52.000 Personen voraussichtlich weniger stark als der Anstieg der Erwerbstätigkeit nahelegt, sodass eine Arbeitslosenquote von 6,7 % erreicht werden dürfte.

Die Arbeitsmarktlage im kommenden Jahr wird durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 € je Stunde bestimmt. Die Quantifizierung der Auswirkungen dieser neuen Regelung auf den deutschen Arbeitsmarkt ist allerdings mit erheblicher Unsicherheit behaftet. Für diese Prognose wurde eine niedrige Lohnelastizität der Arbeitsnachfrage von -0,1 zugrunde gelegt. Des Weiteren ist unterstellt, dass im Jahr 2015 nur die Hälfte der Beschäftigten im Niedriglohnbereich unter 8,50 € tatsächlich unter die Mindestlohnregelung fallen, weil Ausnahmeregelungen und bestehende Tarifverträge übergangsweise einen niedrigeren Lohn erlauben. Zudem dürften viele Arbeitgeber versuchen, die Mindestlohnregelung zu umgehen, indem beispielsweise Werkverträge vereinbart werden.

Die größten negativen Auswirkungen des Mindestlohns sind bei den Minijobs zu erwarten, da in diesem Bereich die Löhne am deutlichsten steigen. Im Jahr 2015 dürften etwa 40.000 Minijobs wegfallen, was jahresdurchschnittlich 20.000 Personen entspricht. Wenn mit Einführung des Mindestlohns die Geringfügigkeitsgrenze

von 450 € nicht angehoben wird, werden sich schätzungsweise rund eine Million Minijobber, die bislang mehr als 53,5 Stunden im Monat arbeiten, dazu gezwungen sehen, ihre Arbeitszeit zu reduzieren. Andernfalls würden Sozialversicherungsbeiträge fällig, was die Beschäftigung vielfach unattraktiv machen dürfte. Hier wird daher unterstellt, dass alle betroffenen Arbeitnehmer ihre Arbeitszeit reduzieren, um nicht sozialversicherungspflichtig zu werden.

Im Bereich der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dürften die kurzfristigen Auswirkungen weniger gravierend sein, weil hier die Löhne von Vollzeitkräften durch den Mindestlohn weniger stark steigen. Unter denselben Annahmen wie bei den geringfügig Beschäftigten fallen im kommenden Jahr deshalb nur wenige sozialversicherungspflichtige Stellen weg. Hierbei ist bereits berücksichtigt, dass die Verkürzung der Arbeitszeit bei ausschließlich geringfügig Beschäftigten zu einem Teil durch die Schaffung zusätzlicher Vollzeitstellen aufgefangen werden dürfte.

Die Einführung des Mindestlohns wird im kommenden Jahr auch die Zahl der Arbeitslosen steigen lassen. Allerdings führt der mindestlohnbedingte Abbau der Be-

schäftigung nicht in vollem Umfang zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit, da vielfach Rentner und Studenten – die nicht in der Arbeitslosenstatistik erfasst werden – vom Abbau der Minijobs betroffen sein dürften. Zudem werden sich Personen, beispielsweise aufgrund fehlender Ansprüche, vom Arbeitsmarkt zurückziehen und sich nicht arbeitslos melden.

Aufgrund der guten konjunkturellen Grundtendenz bleibt die Arbeitsmarktlage trotz der dämpfenden Effekte des Mindestlohns stabil, und die Erwerbstätigkeit steigt im kommenden Jahr um 200.000 Personen (vgl. Tab. 2). Bei alledem dürfte die Arbeitslosigkeit im Jahr 2015 um rund 40.000 Personen sinken.

Wachsende Überschüsse beim Staat

Das öffentliche Budgetdefizit konnte nach der Wirtschafts- und Finanzkrise deutlich zurückgeführt werden. Bereits in den Jahren 2012 und 2013 erzielte der staatliche Gesamthaushalt Überschüsse. Im Prognosezeitraum werden die Überschüsse des Staatshaushalts weiter zunehmen.

Tabelle 2: Arbeitsmarktbilanz (Jahresdurchschnitte in 1.000 Personen)

	2012	2013	2014	2015
Deutschland				
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	57.973	58.052	58.694	58.956
Erwerbstätige Inländer	41.545	41.783	42.147	42.348
Arbeitnehmer	36.997	37.314	37.713	37.909
darunter:				
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	28.991	29.360	29.790	30.070
Marginal Beschäftigte	5.646	5.598	5.586	5.513
darunter:				
Minijobs	4.805	4.795	4.801	4.761
1-Euro-Jobs ^a	129	111	93	59
Selbständige	4.548	4.548	4.503	4.513
Pendlersaldo	63	64	60	59
Erwerbstätige Inland	41.608	41.847	42.207	42.407
Arbeitslose	2.897	2.950	2.898	2.858
Arbeitslosenquote ^b	6,8	6,8	6,7	6,6
Erwerbslose ^c	2.316	2.270	2.230	2.180
Erwerbslosenquote ^d	5,3	5,2	5,0	4,9

a) Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung. – b) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – c) Definition der ILO. – d) Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; 2014 und 2015: Prognose des ifo Instituts.

Im laufenden Jahr dürften insbesondere die Steuereinnahmen wieder kräftig zulegen. Zwar ist zum Jahresbeginn 2014 der Grundfreibetrag erneut leicht angehoben worden, dennoch entwickeln sich insbesondere die Einnahmen der Lohnsteuer überraschend günstig. Die Unternehmenssteuern dürften etwas weniger stark expandieren, auch weil die Veranlagungen für Gewinne aus Vorjahren nur moderat zunehmen werden. Die indirekten Steuern werden ebenfalls unterdurchschnittlich zum Anstieg der Steuereinnahmen beitragen. Insgesamt nimmt das Steueraufkommen im Jahr 2014 um 3,2% zu. Auch die Sozialversicherungsbeiträge erhöhen sich aufgrund der starken Lohnentwicklung mit 3,5% deutlich. Insgesamt steigen die Einnahmen des Staates im Jahr 2014 um 3,4%.

Die staatlichen Ausgaben nehmen hingegen 2014 nur um 2,8% zu. Die Arbeitnehmerentgelte werden dabei um 2,6% steigen. Die sozialen Sachleistungen, die im Vorjahr aufgrund der Abschaffung der Praxisgebühr besonders stark zugenommen haben, werden sich 2014 etwas weniger erhöhen. Bei den monetären Sozialleistungen wirken die Rentenanpassung sowie das „Rentenpaket“ der Bundesregierung ausgabensteigernd.

Im Jahr 2015 dürfte das Steueraufkommen mit 4,1% beschleunigt zunehmen. Hierzu trägt das Lohnsteueraufkommen aufgrund der dynamischen Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter (unter anderem wegen der Einführung des Mindestlohns) in Verbindung mit der progressiven Wirkung des Einkommensteuertarifs maßgeblich bei. Die Sozialbeiträge werden im Jahr 2015 insgesamt ebenfalls deutlich zunehmen (4,2%). Zwar wird der Zusatzbeitrag der Arbeitnehmer zur Krankenversicherung in Höhe von 0,9% abgeschafft, dies wird jedoch voraussichtlich weitgehend mit flexiblen Zusatzbeiträgen

kompensiert werden. Darüber hinaus wird der Beitragssatz zur Pflegeversicherung um 0,3 Prozentpunkte erhöht werden. Dagegen dürfte der Beitragssatz zur Rentenversicherung konstant bleiben, um das „Rentenpaket“ zu finanzieren, auch wenn die finanzielle Situation der Rentenversicherung voraussichtlich eine Senkung des Beitragssatzes zulassen würde. Insgesamt steigen die staatlichen Einnahmen im Jahr 2015 um 3,8% und damit in etwa so kräftig wie das nominale Bruttoinlandsprodukt.

Die staatlichen Ausgaben dürften auch im Jahr 2015 etwas weniger stark zunehmen als die Einnahmen; hier wird mit einem Zuwachs in Höhe von 3,3% gerechnet. Insbesondere die Ausgaben für soziale Sachleistungen tragen zu diesem Anstieg bei; so werden die Betreuungsleistungen für pflegebedürftige Menschen ausgeweitet. Darüber hinaus liegen die monetären Sozialleistungen aufgrund des „Rentenpakets“ im ersten Halbjahr 2015 beträchtlich über dem vergleichbaren Vorjahresstand.

Da der Anstieg der staatlichen Ausgaben in den Jahren 2014 und 2015 hinter dem Zuwachs der Einnahmen zurückbleiben dürfte, werden die Überschüsse im gesamtstaatlichen Haushalt weiter zunehmen. Im Jahr 2014 ist mit einem Finanzierungsüberschuss in Höhe von 0,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zu rechnen, im Jahr 2015 mit etwa 0,7%. Die staatliche Bruttoschuldenquote würde sich damit im Prognosezeitraum auf rund 70% verringern.

¹ Gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose vom Juni 2014. Vgl. T. Wollmershäuser, W. Nierhaus, et. al., ifo Konjunkturprognose 2014/2015: Deutscher Aufschwung setzt sich fort, in: ifo Schnelldienst, 13/2014, 67. Jg., S. 17–58.